

Eupen, den 6. September 2018

Das Wort den Parteien

Freie Meinungsäußerung

„Ich mag verdammen was du sagst, aber ich werde mein Leben dafür einsetzen, dass du es sagen darfst.“ Dieses Zitat des französischen Philosophen Voltaire (1694-1778) spiegelt eines der grundlegendsten Rechte unserer demokratischen Gesellschaft wieder: Das Recht auf Meinungsfreiheit.

Das Recht auf eine freie Meinung ist eine große Errungenschaft der Menschheitsgeschichte und wurde auch in die UN-Menschenrechtscharta aufgenommen. Nichtsdestotrotz ist gerade dieses Grundrecht momentan besonders in Gefahr, denn es wird in der Öffentlichkeit verstärkt gegen Andersdenkende vorgegangen. So wurde z.B. Anfang August die Plattform „Infowars“ des Verschwörungstheoretikers Alex Jones, dessen Beiträge Millionen Amerikaner erreichen, über Nacht von Medienriesen wie Youtube, Spotify, iTunes und Facebook abgeschaltet, da Jones unbequeme Standpunkte vertritt.

Es tut in unseren Augen nichts zur Sache, ob man mit den Inhalten von Jones einverstanden ist oder nicht. Es ist lediglich von Bedeutung, dass es in unserer heutigen Gesellschaft erlaubt sein muss, seine Meinung öffentlich zu verbreiten und kundzutun. Artikel 19 der Menschenrechte sagt dies eindeutig: „Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.“

Es ist erschreckend, wie einfach eine solche politische Zensur in der heutigen Zeit greifen kann. Noch erschreckender ist dann der Gedanke, dass, wenn es gelingt, eine Plattform mit einer solch großen Reichweite abzuschalten, es zwangsläufig möglich sein muss, jedem die Verbreitung seines Gedankengutes zu verbieten.

In diesem Zusammenhang stehen dann auch die Maßnahmen der EU, gezielter gegen sogenannte Fake-News vorzugehen. Hier muss sich doch vor allem jeder einmal selbst die Frage stellen: Wer bestimmt eigentlich, was Fake-News sind und was nicht? Die Antwort auf diese Frage muss jedem einzelnen vorbehalten bleiben und darf nicht durch Regierungen oder andere Instanzen vorgegeben werden.

Unsere Gesellschaft hat verlernt, sich mit den Meinungen anderer auseinanderzusetzen. Vivant setzt sich deswegen für eine offenere Debattenkultur und die Verteidigung der Mei-

Fraktion im PDG V.o.G.

nungsfreiheit ein. Die Aussage Richard von Weizäckers fasst daher unseren Standpunkt trefflich zusammen: „Demokratie lebt vom Streit, von der Diskussion um den richtigen Weg. Deshalb gehört zu ihr der Respekt vor der Meinung des anderen.“

Michael Balter